



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 03. Juli 2012

P121046

Ratschlag betreffend Änderung von sechs Gesetzen zur rechtlichen Konsolidierung der dem Grossen Rat unterstellten und zugeordneten Dienstabteilungen

P105135

Motion Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend rechtliche Konsolidierung der dem Grossen Rat zugeordneten Dienstabteilungen

- ://:
1. Der vorgelegte Ratschlagsentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an den Grossen Rat genehmigt.
 2. Dem Grossen Rat wird beantragt, die Motion Annemarie von Bidder und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

Begründung

In der Motion Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend rechtliche Konsolidierung der dem Grossen Rat zugeordneten Dienstabteilungen geht es darum, dass trotz der fachlichen Unterstellung bzw. administrativen Zuordnung der vier Dienststellen (Parlamentsdienst, Ombudsstelle, Finanzkontrolle und Datenschutzaufsichtsstelle) zum Büro des Grossen Rates in gewissen Bestimmungen im Personalrecht sowie Finanzhaushaltsgesetz einige Kompetenzen dem Regierungsrat übertragen sind. Die Motion verlangt deshalb, die entsprechenden Bestimmungen anzupassen bzw. die dem Regierungsrat übertragenen Kompetenzen bezüglich der vier Dienststellen dem Büro des Grossen Rates zu übertragen. Der Regierungsrat legt mit dem vorliegenden Ratschlag die von der Motion geforderte rechtliche Konsolidierung der dem Grossen Rat unterstellten und zugeordneten Dienstabteilungen vor. Im Weiteren schlägt er auf Anregung des Büros des Grossen Rates weitere Gesetzesänderungen vor, die mit der rechtlichen Konsolidierung zusammenhängen.

